

16. FEB.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/XVII/40 - 16. Februar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 388 880

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Baden-Baden</u>	40
	Zur Begegnung Adenauer - de Gaulle	
2 - 3	<u>"Soziales Pflichtjahr" für Mädchen</u>	84
	Denkt die CDU nicht an die Folgen?	
	Von Hety Schmitt-Kaass	
	Frauenreferentin der SPD	
4 - 5	<u>Ein kostspieliges Experiment</u>	50
	Von Heinrich G. Ritzel, MdB	
	Mitglied des Haushaltsausschusses	
5 - 6	<u>Nicht nur den Mund spitzer</u>	54
	Katzer und Erhards "soziale" Marktwirtschaft	
7 - 8	<u>Dänemark als Kolonialmacht</u>	57
	Vorbildliche Pionierarbeit in Grönland	
8	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u>	
	<u>Andorra</u>	13
	* * *	

Baden-Baden

sp - Diese Begegnung zwischen Adenauer und de Gaulle, kurzfristig anberaumt, kam für die Weltöffentlichkeit überraschend. Was steckte dahinter? Das Communiqué ist zu allgemein gehalten, um bestimmte Rückschlüsse ziehen zu können. Zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gibt es in Fragen der europäischen Einigung schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten. Die Konzeption de Gaulles vom Europa der Vaterländer steht im Widerspruch zu den Vorstellungen Adenauers, die übrigens von den anderen vier EWG-Staaten geteilt werden, über die EWG, Euratom und die Montanunion ein Europa anzustreben, das wirklich vereinigt wird, wobei die deutschen Sozialdemokraten besonderen Wert auf die Funktionsfähigkeit parlamentarischer Institutionen legen. Würde sich de Gaulle durchsetzen, käme dieser Integrationsprozess zum Stillstand. Aber es fällt recht schwer zu glauben, dass diese bekannten Auffassungsunterschiede das Hauptmotiv für dieses Gespräch in Baden-Baden abgegeben haben sollten. Wichtigere Fragen müssen im Hintergrund eine grössere Rolle gespielt haben.

Dem Bundeskanzler war es bei seinem vorletzten Gespräch mit dem französischen Staatschef nicht gelungen, ihn für die angelsächsische Linie der Verhandlungen mit der Sowjetunion in der Berlinfrage zu gewinnen. De Gaulle hält nicht viel davon und stellt sich abseits. Er ist auch kein Freund der Aussenministerkonferenz, die Kennedy als Auftakt für die am 14. März in Genf tagende Abrüstungskonferenz vorgeschlagen hat. Der französische Staatschef beurteilt angesichts der intransigenten Haltung der Sowjetunion die Aussichten für einen Erfolg dieser Verhandlungen pessimistisch, wobei bei ihm - und das hat er auch sehr oft, zuletzt in seiner Fernsehrede, ausgesprochen - das Bestreben vorherrscht, Frankreich zu einem vollwertigen Mitglied des Atomclubs zu machen. Er erhofft sich dadurch eine Steigerung des französischen Prestiges und ein grösseres Mitspracherecht bei künftigen Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Es ist kein Zufall, dass noch am gleichen Tage, an dem diese Begegnung stattfand, in den Abendstunden der französische Ministerpräsident Debré das ausdrückliche Streben Frankreichs hervorhob, eine eigene Atommacht zu werden.

Frühere Begegnungen zwischen beiden Staatmännern endeten mit der Betonung harmonischer Übereinstimmung. Diesmal fehlt dieser Hinweis. Das lässt darauf schliessen, dass in diesem Gespräch zwischen den verantwortlichen Denkern der deutschen und der französischen Politik nicht alles beseitigt werden konnte, was an Differenzen und unterschiedlichen Beurteilungen der Europa- und Weltpolitik besteht.

+ + +

"Soziales Pflichtjahr" für Mädchen

Von Hety Schmitt-Maass,
Frauenreferentin der SPD

Die Arbeitsgruppe "Familie" der CDU/CSU-Bundestagesfraktion beschäftigt sich gegenwärtig und wieder einmal mit der Heranziehung von jungen Mädchen zu "sozialen Diensten". Dass dabei von "Dienstpflicht" gesprochen wird, hat in der Öffentlichkeit heftige Kritik ausgelöst.

Ein "Pflichtjahr" also, wie es seinerzeit von den Nationalsozialisten eingeführt wurde - und wie es im Arbeitsgesetzbuch der sowjetisch besetzten Zone verfügt wird? Es ist kaum zu fassen: Artikel 12 des Grundgesetzes verbietet jeden Zwang zu einer bestimmten Arbeit; die bei der CDU diskutierte Maßnahme widerspricht eindeutig der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unserer Bundesrepublik. Aber man nennt das Ganze "sozial", um es für die Bundesbürger annehmbar zu machen; diese Methode hat sich auch in anderen Fällen bewährt ...

Eine Warnung

Niemand bestreitet, dass der Mangel an Haus- und Pflegepersonal in Krankenhäusern, sowie an Hausgehilfinnen (besonders für kinderreiche Familien) einige schwer lösbare Probleme aufwirft. Jedoch sollten verantwortliche Politiker das Problem an der Wurzel zu packen suchen: Die zu langen Arbeitszeiten, die oft unzeitgemäßen Lebens- und Arbeitsbedingungen und die noch lange nicht immer zufriedenstellende Entlohnung und Altersversorgung sind doch die Ursachen, warum nicht genügend Mädchen und Frauen einen sozialpflegerischen Beruf ergreifen oder ihn ein Leben lang ausüben können oder wollen. Hier zeigen sich empfindliche Mängel einer zwölfjährigen "Sozialpolitik", die über dem Wirtschaftswunder wichtigste Berufe vergessen hat.

Marcel Schulte erklärte in seinem innenpolitischen Kommentar am 13. Februar im Hessischen Rundfunk, man solle endlich die "dienenden Berufe" wettbewerbsfähig machen, anstatt wieder einmal willkürlich eine Gruppe von Menschen - nämlich junge Mädchen - "zur Nächstenliebe abzukommandieren", und er warnte eindringlich, unser Volk zum anderen Mal zwangsweise mit dem Begriff des Dienens vertraut zu machen! "Vom Pflichtjahr bis zum weiblichen Arbeitsdienst ist nur ein Schritt ... Ein Teil des Volkes soll zu Lasten eines anderen Teils begünstigt werden; womit ist das zu rechtfertigen?"

Die November-Diskussion in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" um einen entsprechenden Vorschlag von Professor Thielicke/Hamburg brachte es an den Tag: Im Bundesinnenministerium werden bereits unter dem Kennwort SHD Bräuterei und Verordnungen für ein System der Dienstpflicht ausgearbeitet, das dem akuten Notstand (eventuell sogar mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln?) abhelfen soll ... Das mutet freilich an wie die Aktivität jener Schildbürger, die beim Bau ihres Rathauses die Fenster vergessen hatten und nun das Sonnenlicht mit Eisern und Pflastersteinen hineintragen wollten.

Was man tun sollte

Während des zweiten Weltkriegs musste jedes Mädchen, das die Schule absolviert hatte, entweder ein Pflichtjahr im Haushalt mit kleinen Kindern oder ein halbes Jahr beim Arbeitsdienst ableisten. Man war nur "frei" in der Wahl zwischen zwei Übeln. Es mag dahingestellt bleiben, wie vielen jungen Mädchen es Spass gemacht hat, was sie für sich dabei gewonnen und gelernt haben - zweifellos waren sie billige Arbeitskräfte für die nutzniehenden Familien. Wem es aber mit unserer jungen Demokratie ernst ist, der muss eine Wiederholung solcher und ähnlicher Zwangsmaßnahmen grundsätzlich ablehnen.

Es hat nicht an Vorschlägen von Seiten der Opposition gefehlt, um Mädchen und Frauen sowohl für ihre künftigen Berufe (einschliesslich der 'sozialen' Berufe), als auch für die vielfältigen Aufgaben auszubilden, die Ehe und Familie mit sich bringen. Wichtig wäre z.B., ein Fach wie das sogenannte "Familienhauswesen" der hessischen Schulen allgemein von 9. Schuljahr an zu schaffen - und der Unterricht in allen Zweigen der Hauswirtschaft sollte am Ende der Knaben wie den Mädchen zugänglich sein. Auch geeignete Ausbildungs- und Fortbildungskurse für Erwachsene sollte man fördern, um für ständige Fortbildung in Haushaltführung, Kochen, Nähen, Kinderpflege, Gesundheits- und Krankenpflege zu sorgen. Mit der Beherrschung aller häuslichen und pflegerischen Tätigkeitsbereiche dürfte in vielen Mädchen und jungen Frauen auch die Freude an sozialen Berufen erwachen. Dann müssten freilich geeignete Ausbildungsmöglichkeiten, normale Arbeitsbedingungen, eine angemessene Entlohnung (und menschenwürdige Altersversorgung!) und nicht zuletzt vernünftige Aufstiegsmöglichkeiten für sie bereit sein. Dies alles endlich zu schaffen, wäre eine soziale Tat!

Mit grossen Interesse haben wir beim Deutschen Fernsehen vernommen, dass es der Caritas und der katholischen Jugend gelungen sei, 15 000 Mädchen zu gewinnen, sonntags freiwillig und ohne Bezahlung in Krankenhäusern, Alterspflegeheimen und Kinderheimen den Schwestern zu helfen. Bravo! Dieser "Sonntagsdienst in weissen Schürsen" beweist einmal mehr, welche Möglichkeiten zum freiwilligen Dienst am Nächsten noch brach liegen. Würden dieselben jungen Mädchen zu der gleichen Hilfe aber zwangsweise "verpflichtet", dann könnte man nur negative Wirkungen erleben; denn geben wir der Freiwilligkeit beim Dienst am Nächsten nicht genügend Raum, müssen wir in Deutschland stets und immer zu solchen Leistungen zwingen, dann wird im unseren Volk und in der heranwachsenden Generation das erforderliche Verantwortungsgefühl niemals gepflegt, und wir machen sie eigentlich nur reif für eine neue Diktatur!

Ein kostspieliges Experiment

Von Heinrich G. Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses

Der von mir bei der Etatberatung 1961 beantragte, von der Mehrheit des Bundestages beschlossene Leertitel zur Finanzierung der auf Veranlassung der Bundesregierung gegründeten GmbH "Freies Fernsehen" führte auf Grund der Erfüllung von Verpflichtungen verschiedenster Art inzwischen zu einer Belastung des Bundeshaushalts mit mindestens 40 Millionen DM. Im Dezember 1961 wurde mir bekannt, daß der Liquidator der in Liquidation gegangenen Gesellschaft noch nachträglich wesentliche Gehaltserhöhungen und Abfindungen zugesichert hat. Bereits am 8.12.1961 habe ich den Bundesfinanzminister eine entsprechende Frage gestellt, die nach einer Erklärung des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium vom 13.12.1961 alsbald schriftlich beantwortet werden sollte. Diese Antwort erhielt ich erst mit Datum vom 9.2.1962. Ihr Inhalt macht eine Nachprüfung dieser auf Kosten der Steuerzahler gehenden Leistungen dringend notwendig.

Juristisch steht fest, daß die Gründung der GmbH "Freies Fernsehen" auf einen Beschluß der Bundesregierung zurückzuführen ist, der von dem Bundespresse- und Informationsamt vollzogen wurde.

Mit der gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten erfolgten Einräumung eines Leertitels zur Finanzierung der Ausgaben für eine Sache, die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt worden ist, wurde dem Bundesfinanzminister Vollmacht erteilt, den Leertitel auszufüllen, d.h. die entstandenen Ausgaben endgültig auf Kosten des Bundeshaushalts bei gleichzeitiger Verrechnung etwa entstehender Einnahmen anzuweisen. Die Zahlungen und die Einzelmaßnahmen erfolgten durch die GmbH "Freies Fernsehen" und damit trägt die GmbH mit ihren Sachwaltern die Verantwortung. Es bleibt abzuklären, wer im Übrigen an der Verantwortung teilzunehmen hat.

Das Erstaunlichste ist, daß während der Liquidation dieser GmbH sehr erhebliche Gehaltserhöhungen erfolgten und Abfindungsbeträge auf Grund ebenso erstaunlich hoher Gehaltsabfindungen bezahlt wurden. In vierzehn Fällen hat der Liquidator an Geschäftsführer und leitende Angestellte Abfindungszahlungen von durchschnittlich zwölf Monatsgehältern geleistet, in einem Falle sogar von 18 Monatsgehältern. Hierfür

wurden 520 000 DM ausgegeben. Trotz des Liquidationszustandes wurden Gehaltserhöhungen an Büropersonal zugestanden zwischen 50,- DM und 300,- DM pro Monat, in einem Falle sogar von 600,- DM pro Monat. Diese Gehaltserhöhungen erfolgten an Buchhaltungs- und Schreibkräfte.

Für zwei Geschäftsführer wurden Abfindungen in Höhe eines Jahresgehaltes von je 84 000 DM gegeben. Es wird abzuklären sein, inwieweit ein wegen Dienstunfähigkeit pensionierter Staatssekretär berechtigt war, von der GmbH "Freies Fernsehen" die aus Bundesmitteln finanziert wurde, ein Jahresgehalt von 84 000,- DM entgegenzunehmen.

Weitere Abfindungszahlungen sind Gegenstand strittiger Verhandlungen zwischen dem Liquidator und den Anspruchserhebenden; in dem einen oder anderen Fall sind Prozesse anhängig. Der ganze Vorgang ist ein schmerzliches Beispiel dafür, wie mit öffentlichen Geldern nicht umgegangen werden darf. Die Verdunkelung, in deren Zeichen sich der ganze Vorgang vollzog, bedarf dringend einer Aufhellung durch geeignete Maßnahmen des Bundestages; möglicherweise werden sich dabei noch Überraschungen ergeben.

+ + +

Nicht nur den Mund spitzen

F. Zsch. Herr Katzer, seines Zeichens Bundestagsabgeordneter und Hauptgeschäftsführer der CDZ-Sozialausschüsse, hält zweifellos einiges von Publicity und versteht es meisterhaft, sich trotz aller Fehlschläge immer wieder "ins Gerate" zu bringen. Mal geht es ihm um die Verankerung von konkreten 14 sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen in der Regierungspolitik der Kleinen Bonner Koalition, mal fordert er gesellschaftspolitische Veränderungen, die, wenn sie an die richtige Adresse gerichtet wären, ihm alle Ehre machen würden.

Auf einer Delegiertenversammlung der CDU-Sozialausschüsse in Dortmund übte Katzer kürzlich harte Kritik an der sozialen Marktwirtschaft seines Parteilandes Erhard und verband damit die Forderung, den sozialen Charakter der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik mit zielbewusster Gesellschaftspolitik auszubauen. Er stellte weiter fest, dass das Unbehagen weiterer Bevölkerungsschichten an der - auch von ihm in den jeweiligen Wahlkämpfen hochgepriesenen - sozialen Marktwirtschaft ständig wachse, da die unterschiedlichen Interessen nicht mehr auf einen Nenner zu bringen seien. Die soziale Marktwirtschaft habe infolge des Fehlers

gesellschaftlicher Ordnungselemente weder die 'Vermachtung' des Marktes noch die ungerechte Vermögensbildung verhindern können.

Als Ergebnis seiner heftigen Kritik fordert Katzer, den gesellschaftlichen Zusammenhang durch feste Organe der Kooperation zu sichern. Hierzu sei im einzelnen erforderlich:

1. Die schrittweise Umgestaltung des Lohnarbeitsverhältnisses in ein Gesellschaftsverhältnis als Grundlage eines Partnerschaftsverhältnisses in allen Bereichen der Wirtschaft,
2. die paritätische Besetzung der bestehenden Wirtschaftskammern oder die Errichtung eigener Arbeitskammern,
3. die Koordinierung der organisierten und nichtorganisierten Interessen in einem Wirtschafts- und Sozialrat,
4. an Stelle eines einseitigen Gewerkschaftsgesetzes, wie es verschiedentlich gefordert werde, die Vorabstimmung eines gesellschaftlichen Organisationsgesetzes.

So weit, so gut. Glaubt Herr Katzer wirklich im Ernst daran, dass seine eigene CDU/CSU-Fraktion, geschweige Herrn Mendes arbeitnehmerfeindliche Freidemokraten auch nur zu einer ernsthaften Diskussion dieser vier von ihm aufgestellten Forderungen bereit wären? Warum also dieses erneute Bekenntnis zu aus christlich-sozialer Sicht berechtigten Arbeitnehmerinteressen und -forderungen in falschen Saal? Im Plenum des Bundestages wäre die richtige Stelle, die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen und zwar nicht nur mit Worten, sondern vor allem bei Abstimmungen. Die Wiedererückung des sozialdemokratischen Antrages auf Gewährung von Weihnachtsgeld an Beamte war nicht gerade ein Lichtblick für eine wünschenswerte Zusammenarbeit von CDU-Arbeitnehmerflügel mit der SPD im Sinne einer Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates Bundesrepublik.

Katzer mit seinen Männern hätte sehr bald Gelegenheit gehabt zu bekunden, ob es ihnen wirklich ernst ist mit den Bemühungen um eine soziale Besserstellung der Arbeitnehmer. Der Gesetzentwurf der Sozialdemokraten sieht einen Mindesturlaub von 28 Tagen vor, die CDU-Fraktion hat sich nur für einen generellen Mindesturlaub von 15 Tagen ausgesprochen. Der CDU-Urlaubsgesetzentwurf wurde überhaupt erst vor der Fraktionmehrheit akzeptiert, nachdem der linke Flügel damit drohte, seine 60 Stimmen für den SPD-Entwurf abzugeben. Es ist deshalb ein schlechter Trost für die Gewerkschafter in der CDU/CSU-Fraktion, dass dieser schlechtere Antrag besser als gar kein Antrag sei. Hier muss endlich gepfiffen werden!

Dänemark als Kolonialmacht

13. - Die Bevölkerung von Grönland hat an den Grönland-Minister in der dänischen Reichsregierung Mikael Gam den Wunsch herangetragen, das von ihm geleitete besondere Grönlandministerium möge aufgelöst und die einzelnen Sachgebiete auf die 16 anderen Ministerien in Kopenhagen übertragen werden. Die Grönländer streben mit ihrer Forderung einen weiteren Schritt zur vollständigen Gleichstellung auch in verwaltungstechnischer Hinsicht mit Dänemark an. Die dänische Regierung ist auch bereit, dieser Empfehlung nachzukommen, hat aber einen schrittweisen Umbau für einen längeren Zeitraum vorgeschlagen, weil sie eine Koordination der Aufbauarbeit für Grönland noch für mehrere Jahre in einem besonderen Ministerium für erforderlich hält.

Noch ist die grosse Entwicklungsaktion, die 1950 durch den verstorbenen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft für Grönland eingeleitet wurde, nicht beendet, obgleich schon fast 500 Millionen Dänenkronen in Grönland investiert worden sind. Mit diesem Geld aus den Steuern der viereinhalb Millionen Dänen wurden für die 30 000 Grönländer fast mitteleuropäische Lebensverhältnisse geschaffen. Die letzten Reste des Analphabetentums auf der grössten Insel der Welt sind beseitigt worden und die grönländischen Schulen gelten unter der Expertise als vorbildlich.

Das ehemalige Naturvolk durchlief in den letzten zehn Jahren mit dänischer Hilfe eine friedliche soziale Revolution, ohne dass jemals das sonst überall in der Welt bestehende Spannungsverhältnis zwischen Kolonie und Mutterland auftauchte. In Grönland wurden Kinderheime und Krankenhäuser, Häfen und Elektrizitätswerke sowie vor allem moderne Wohnungen gebaut. Mit Hilfe ambulanter Röntgenschiffe wurde die in Grönland noch vor zwanzig Jahren so überaus stark verbreitete Tuberkulose fast beseitigt. Die Fachleute für Verwaltung, Schulen, Kommunalwesen und Wohnungsbau bestehen zum mehr fast ausschliesslich aus Grönländern, die in Dänemark ihre Ausbildung erhalten haben.

Dabei ist man in Dänemark nie auf den Gedanken gekommen, dieses sehr teure Erschliessungswerk für Grönland möge auch eines Tages Gewinne für Dänemark abwerfen. In Gegenteil - es wurde eine staatliche Handelsgesellschaft gebildet, die als Lenkungsinstrument für die wirtschaftliche Erschliessung der Insel eine grosse Bedeutung bekam. Unter ihrer Regie wurde vor allem der moderne Hochseefischfang und die Fischveredlung in die Wege geleitet, um den Grönländern die Möglichkeit zu geben,

aus eigener Kraft zu leben. Die staatliche Handelsgesellschaft betreibt auch 90 Geschäfte für die 30 000 Grönländer, darunter Selbstbedienungs-läden in der Hauptstadt Godthaab, wobei die Warenpreise auf den Stand des dänischer Niveaus trotz der teuren Transportkosten gedrückt werden.

Während die auf dem schmalen grünen Inselseam in Südgrönland leben- den 30 000 Menschen schon seit langer Zeit das Wahlrecht für den Kopen- hagerer Folketing besitzen, wählten 1960 zum ersten Mal auch die knapp 1 500 reinen Eskimos in Nordgrönland. Sie schickten den Grönlandminister Gam nach Kopenhagen. Dabei sind alle Grönländer durch zwei fest zugesicherte Mandate im Kopenhagener Folketing vertreten. Ausserdem finden in Grönland regelmässig Wahlen zum Provinzialparlament statt, die jedoch nicht den Charakter der parteipolitischen Wahlen tragen, da die Parteien in Grönland noch nicht recht Fuss gefasst haben.

Wenn aber die wirtschaftliche Erschliessung und der grossartige Auf- bau Südgrönlands beendet und die Willensbildung durch die Parteien auf der Nordmeerinsel möglich ist, wird sich die Regierung in Kopenhagen nicht scheuen, das Grönlandministerium abzubauen und die Angelegenheiten der Grönländer an alle Ministerien in Kopenhagen zu übertragen. Das wird dann der Schritt sein, der die völlige Gleichstellung Grönlands mit Däne- mark beendet.

Aus den Zeitgeschehen:

A n d o r r a

Selbstverständlich rüstet jeder Staat der Welt. Natürlich rüstet auch der Staat Andorra, lieblich zwischen Frankreich und Spanien in die Pyrenäen gequetscht. Also hat auch der Zwergstaat Andorra einen Rüstungs- etat. Soeben ist er für das Jahr 1962 festgelegt worden: 500 Peseten. Das sind rund zwanzig Mark.

Da können wir ja froh sein, daß der Staat Andorra vor zwei Jahren den Kriegszustand mit Deutschland beendet hat, der noch seit dem ersten Weltkrieg andauerte. Wir hatten uns zwar seitdem auch nichts mehr Böses getan, aber Ordnung muß sein.

Die zwanzig Mark Rüstungsetat dienen übrigens zur Auffüllung des Patronenreservoirs. Damit Andorras bewaffnete Macht Ehrensalute schießen kann.

Ach, Andorra...

(Entnommen:
Neue Ruhr Zeitung Nr. 41
vom 16. Februar 1962)

Verantwortlich: L.V. Albert Exler